„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 8 bis 24 Seiten beträgt jährlich $3.00 bei Vorausbezahlung. Verlandpreis nach dem Auslande $4.00.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 8 to 24 pages, appearing every Wednesday, $3.00 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

15. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 19. April 1922 | 16 Seiten | Nummer 24

Onkel Sam setzt geringe Hoffnungen auf Genua

Frankreich der Hemmschuh

Alliierte präsidieren in den Kommissionen.

Washington, 18. April. — Regierungsbeamte verlieren schnell die Hoffnung, daß auf der Genua-Konferenz eine Lösung von Europas Schwierigkeiten erreicht wird. Die Nachrichten aus Genua werden als entschieden ungünstig angesehen. Zugleich sind Beamte darüber befriedigt, daß Präsident Harding dieses Land der Konferenz fernzuhalten beschloß. In der Note von Hughes, welche Italiens Einladung ablehnt, wurde betont, daß die Konferenz politisch, nicht wirtschaftlich sei. Nach Ansicht der Verwaltung ist diese Auffassung durchaus gerechtfertigt. Noch ernster scheint jedoch, daß die Konferenz sogar politischen Linien entlang keine guten Fortschritte macht. Präsident Harding und seine Berater hatten stark gehofft, daß die Vollbringungen in Genua viele der jetzigen Schwierigkeiten von Europa heben werden. Zugleich auch, daß die Beseitigung wirtschaftlicher Lasten von europäischen Steuerzahlern den Weg für eine wirkliche wirtschaftliche Konferenz in Europa ebnen werde, an welcher sich dieses Land mit einiger Aussicht auf Erfolg beteiligen könnte.

Die Weigerung von Frankreich, eine Herabsetzung von Landrüstungen zu erwägen, hat nach Meinung der Berater des Präsidenten die Besprechung der notwendigsten Reformen gehemmt. Ein Gleichgewicht von Budgets für die europäischen Länder gilt als unmöglich, wenn die drückende Last der Aufrechterhaltung großer Heere nicht gehoben wird. Die Verwaltung von Harding ist somit wieder zur Entschädigungsfrage als dem Schlüssel der ganzen europäischen Lage gebracht. Nach Auffassung der Verwaltung sollten die Ver. Staaten eine aktive Stimme in der Entschädigungskommission haben, indessen zögert der Präsident, dem Kongreß um Genehmigung hierzu zu ersuchen.

In der russischen Kommission führt der italienische Premier Facta den Vorsitz. Der Finanzkommission präsidiert ein Engländer. An der Spitze der Wirtschaftskommission steht ein Franzose und ein Belgier steht der Kommission für Verkehrswesen vor. Japan weigerte sich, den Vorsitz irgend einer dieser Kommissionen zu übernehmen, erklärend, es liege Europa zu ferne und ziehe es vor, daß die Arbeiten der Kommissionen durch Europäer geleitet würden.

Die verschiedenen Kommissionen entschieden, daß bei Verhandlungen über irgend welche Fragen die Angelegenheiten besonderer Länder betreffen sollten, diese Nationen zur Vertretung an den resp. Ausschüssen berechtigt seien, sollten sie in diesen nicht repräsentiert sein.

Die russische Delegation, sich bewußt, daß zur Erlangung ausländischen Kapitals hinreichende Garantien und die Sicherstellung angemessener Gewinnste notwendig ist, beabsichtigt, der Konferenz ein System neuen Gerichtsverfahrens zu unterbreiten, das ausländisches Kapital und Eigentum, sowie individuelle Rechte in Rußland in sich begreift. Rußland beabsichtigt durchaus nicht, grenzenlose Konzessionen auf seine Bodenschätze oder bezüglich der großen Schlüsselindustrien, die Staatsmonopol sind, zu gewähren, ist aber bereit, das Feld der Staatsrechte in der Gewährung von Konzessionen auf Bergwerke, Fabriken, Forstländereien und kultiviertes Land unter unanfechtbaren Garantien zu erweitern. Die garzeit ausgearbeitet werden und Bestimmungen zur Regelung von Streitfällen zwischen Russen und Ausländern in sich begreifen.

Der Plan sieht ähnliche Konzessionen und Garantien für die Wiederaufnahme des Handels vor, doch reserviert sich der Staat die Kontrolle seines Monopols in Permanentartikeln und Rohstoffen. Jedes selbst eine Einschränkung dieser Staatskontrolle ist vorgesehen, je mehr sich die Wirtschaft dem normalen Standpunkt nähert.

Der Plan sieht des weiteren Abrüstung vor, vorausgesetzt, andere Länder machen nach dieser Richtung hin ähnliche Anstrengungen.

Ueberschwemmungen in Rußland

Riga, 18. April. — Acht Dörfer stehen als Folge der Ueberschwemmung im Dvina Flußdistrikt unter Wasser und Tausende von dort ansässigen Bewohnern wurden von Hausdächern, wohin sie Zuflucht genommen hatten, geholt und in Sicherheit gebracht. Militärflieger werfen Bomben auf die Eisstauungen im Flusse, um einen leichteren Abzug für die Eismassen zu ermöglichen.

Polnische Katholiken wollen keinen deutschen Bischof

Warschau, 17. April. — Polnische Katholiken in Bezirken von Oberschlesien, welche der Völkerbund an Polen zurückgab, ersuchten den Papst um Loslösung von der Autorität von Kardinal Bertram, dem deutschen Erzbischof von Breslau. Trotz der neuen politischen Einteilung des Landes stehen sie noch unter der geistlichen Herrschaft des Erzbischofs. Die Aufforderung ist die zweite an den Vatikan, die erste blieb durch die Krankheit und den Tod von Papst Benedikt unerledigt. Es ist ein Nachklang der schlesischen Plebiszitwirren von 1922, als Kardinal Bertram einen antipolnischen Hirtenbrief erließ. Monsignor Ratti, der damalige päpstliche Nuntius bei Polen, der jetzige Papst, erklärte damals, der Brief sei ohne sein Vorwissen veröffentlicht worden. Im Hinblick auf die genaue Kenntnis der Lage, welche Papst Pius besitzt, erhoffen die schlesischen Polen eine günstige Entscheidung.

Herz Ludwig II. von Bayern in der Heimat beigesetzt

München, 18. April. — In der königlichen Kapelle in Altötting in Oberbayern, einer alten Wallfahrtsstätte, wo die Herzen der bayerischen Herrscher seit der Zeit Maximilians des Ersten, Kurfürsten von Bayern, in Silbersärgen beigesetzt worden sind, wurde kürzlich nach ein Sarg aufgestellt. Darin befindet sich das Herz Ludwigs des Dritten, der im vorigen Oktober in West-Ungarn starb. Unter feierlichen Zeremonien wurde Ludwigs Herz neben das seiner Gemahlin gelegt, der Königin Maria Theresia, die 1919 starb.

Der Sarg wurde aus Ungarn nach München gebracht, wo in der Kapelle des Leuchtenberg-Palastes in Gegenwart des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht und anderer früherer Fürstlichkeiten und führenden Monarchisten ein Gottesdienst abgehalten wurde. Der frühere Präsident des Staates Bayern, von Kahr, war bei der Feier ebenfalls anwesend, die von Ludwigs Beichtvater, einem Benediktiner, geleitet wurde.

Nach der Zeremonie in München begleiteten Rupprecht und andere den Sarg nach Altötting, wo vor seiner Beisetzung in der Krypta eine Requiemmesse gelesen wurde, wobei der Sarg auf einem Katafalk ruhte.

Hon. C. A. Dunning,
Premierminister Saskatchewans.

Mehleinfuhr in Deutschland ohne Erlaubnis möglich

Berlin, 18. April. — Ausländisches Weizen- und Roggenmehl können nunmehr ohne besondere Importerlaubnis in Deutschland eingeführt werden. Halbamtlich wird diese Maßregel damit erklärt, daß die kürzlichen Preise für Mehl aus dem Ausland letzthin niedriger gewesen sind als die für die einheimischen Produkte.

Amtliche statistische Nachweise ergeben, daß die Preise für deutsche Agrikulturerzeugnisse im Verlauf des vergangenen Monats erstaunlich gestiegen sind, so z. B. Weizenmehl, welches anfangs Februar 1100 Mark pro Kilogramm brachte und Ende März auf 20000 Mark gestiegen ist.

Dritter Prozeß Arbuckles endet mit Freisprechung

San Francisco, 18. April. Im dritten Prozeß gegen Roscoe Arbuckle, wegen des Todes der Filmschauspielerin Virginia Rappe des Totschlags angeklagt, gab eine Jury einen Wahrspruch auf Freisprechung ab. Die Geschworenen waren sechs Minuten entfernt. Die Ueberlegung dauerte kaum eine Minute, die übrige Zeit verging mit Einzelheiten. Der Angeklagte war tief ergriffen. Er nahm den Freispruch mit einem großen Seufzer der Erleichterung auf. Frau Minta Durfee Arbuckle, die Gattin, weinte leise. Sie und Arbuckle wechselten Händedrücke mit den Geschworenen. Die schnelle Wiederkehr der Geschworenen bildete eine Ueberraschung. Geschworene und Zuschauer drängten sich um Arbuckle und seinen Verteidiger und brachten ihm schließlich zu weiteren Glückwünschen nach dem Jurazimmer.

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Letzte Nachrichten

Genua.—Deutschland und Rußland haben einen Vertrag abgeschlossen, der gegenseitige Schulden aufhebt und freie Handelsbeziehungen vorsieht.

Simla, British Indien. — Hazrat Mohani, Präsident der Großindischen Moslem Liga, der an der Spitze der Separatisten-Bewegung beim letzten Moslem Kongreß stand, wurde in Cawnpore wegen Aufruhrs verhaftet.

London, Engl. — Der Vorsitzende der unabhängigen Arbeiter-Partei erklärte auf einer Konferenz in Nottingham, daß die Lage der englischen Arbeiter sich von Tag zu Tag verschlechtere. Die Gesamtlöhne der englischen Arbeiter wurden während der letzten Jahre um £400,000,000 alle 12 Monate herabgesetzt.

Belfast. — Abermals sind neue Unruhen ausgebrochen. An einer Straße brannten 7 Häuser nieder. Das Schießen nimmt in Teilen von Sinn Feiners bewohnt, zu. Ein Junge und ein Mädchen, sowie ein Schüler der Klosterschule wurden erschossen.

Dublin. — Auf Michael Collins, das Haupt der sogenannten Freie Staate Regierung, wurde im Augenblick, als er sein Automobil verließ, ein Attentat gemacht. Collins behauptet einen seiner Angreifer erschossen zu haben, einen anderen nahm er gefangen, in dessen Besitz sich eine Handgranate befand.

Riga. — Unter den monarchistischen Russen vom Mittelländischen Meer bis zur Ostsee ist, wie die Geheimpolizei feststellt, ein Attentat gegen Nicolai Lenin geplant. Dies ist der Grund, weshalb Lenin von der Genua Konferenz fern blieb.

Auktion historischer Gegenstände

Wien, 18. April. — Eine Versteigerung von Handschriften im Dorotheum, der staatlichen Pfandleihe, zeigte seltsame Gegensätze bei Preisen. Den größten Preis erzielte ein Schiller Brief, 190,000 Kronen, etwa $380 zum jetzigen Wechselkurs. Beethovens Unterschrift brachte 180,000 Kronen, Voltaire und Wellington 32,000 und 35,000 Kronen. Eine Unterschrift von Wagner erzielte 170,000 gegen eine von Napoleon für 75,000. Unter andern verkauften Gegenständen war das silberne Schreibzeug der ermordeten Kaiserin Elisabeth, das um zwei Millionen Kronen abging. Der Name des Verkäufers wurde nicht angegeben.

Der berühmte Wiener Arzt Dr. Lorenz auf der Heimreise

New York, 18. April. — Dr. Adolf Lorenz fuhr auf dem Dampfer La France nach Europa ab. Er war von dem Kaufmann Anton Wedl begleitet, auf dessen Anregung der berühmte Wiener Chirurg nach den Ver. Staaten gekommen war.

Während seiner Anwesenheit in Amerika hat Dr. Lorenz tausenden Krüppeln ärztlichen Beistand geleistet und viele unblutige Operationen vorgenommen. Infolge Opposition seitens einiger Aerzte war Dr. Lorenz genötigt, seine Tätigkeit in einigen Städten einzuschränken. Er wird im September d. J. wieder zurückkommen und seine Familie, welche aus seiner Gemahlin und zwei Söhnen besteht, mitbringen. Der jüngere Sohn, der im Alter von 18 Jahren steht, wird im nächsten Herbst das Studium der medizinischen Wissenschaft an der Columbia Universität aufnehmen. Der andere, 36 Jahre alte Sohn, ist seines Vaters Assistent.

Die durch mehrere Monate, mit nur geringen Unterbrechungen nahezu täglich vorgenommene Arbeit in den Kliniken hat den 68jährigen Gelehrten sichtlich ermüdet. Er sagte vor der Abfahrt: „Es ist wahr, daß ich manchmal dachte, man werde mich durch die mir von so vielen Seiten entgegengebrachte überaus große Güte umbringen. Die mir bewiesene Freundlichkeit hat mir auch die Stärke verliehen, trotz der Hindernisse, die einige Berufskollegen mir in den Weg legten, die Arbeit, die ich mir vorgenommen hatte, zu bewältigen.

Diese Bemerkung war der einzige Hinweis auf die heftigen Angriffe einiger amerikanischer Aerzte. Dr. Lorenz erwähnte, daß es ihm gelungen sei, in hunderten von Fällen eine Kur oder doch eine merkliche Besserung herbeizuführen. Er meinte, „Ich verlasse Amerika mit dem Bewußtsein, den Interessen keines einzigen meiner amerikanischen Kollegen zu nahe getreten zu sein."

Als jemand erwähnte, daß Dr. Lorenz nach seiner Rückkehr Amerika vielleicht so schätzen lernen werde, daß er ein Bürger werden würde, bemerkte er, er hoffe, daß sein jüngster Sohn amerikanischer Bürger werden wird. Dr. Lorenz sagte, er wolle seinen Sohn hier studieren lassen, da den Studenten in vielen Fächern, die zum Vorstudium eines Arztes gehören, sich augenblicklich hier eine bessere Gelegenheit biete als in Europa. So sei es z. B. unmöglich in Wien Studierenden der chemischen Wissenschaft gründlichen Unterricht zu erteilen, da es an Chemikalien mangle.

Gutangelegtes Geld

Washington, 18. April. — Senator Kellogg hat im Senat für die Weizenzüchter einen Erfolg errungen. Es gelang ihm, den Fond in der landwirtschaftlichen Vorlage zur Ausrottung des Barberry Busch auf eine halbe Million Dollars zu erhöhen. Trotz der Proteste der Bewilligungskommission beschloß der Senat nach einer Rede des Senators von Minnesota mit 37 gegen 16 Stimmen den Fond von $200,000 auf $500,000 zu erhöhen. Der vom Haus bestimmten Summe hatte das Senatskomitee bereits $52,000 hinzugefügt. In seiner Rede wies Kellogg darauf hin, daß die Frühjahrsweizenindustrie in wenigen Jahren vernichtet sein würde, wenn kein wirksamer Kampf gegen den Barberry Busch geführt werde.

Bekanntlich ist oben genannter Busch der Beherberger des gefürchteten Rostes. Anm. d. Redaktion.

Griechenkönig ernstlich erkrankt.

Athen, 18. April. — König Konstantin ist lebensläuflich erkrankt. Einem ausgegebenen Berichte zufolge leidet er an Ohnmachtsanfällen und Erbrechungen.

Araber in Palästina wollen nicht von Juden dominiert werden

Juden behaupten, Araber nicht zu schädigen.

Jerusalem, 18. April. — Von Jamal Effendi el Husseini, dem Sekretär des christlich-moslemitischen Komitees, dessen Ziel die Bekämpfung des Zionismus ist, wurde einem Vertreter der Assoziierten Presse mitgeteilt, die Araber seien über die kürzlich vom Kolonialsekretär Winston Churchill abgegebene Erklärung, daß an die Errichtung einer nationalen und unabhängigen Regierung in Palästina unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu denken sei, sehr enttäuscht. Bisher hatte man hier noch immer gehofft, daß die britische Regierung von dem seinerzeit durch Balfour erklärten Standpunkt abgehen und den Arabaren die Errichtung eines nationalen Gemeinwesens unter britischem Protektorat zugestehen werde. Husseini sagte, die Balfoursche Erklärung sei ungerecht und unpraktisch, da sie darauf hinauslaufe; 500,000 Bewohner von Palästina auf dem Kreuz des politischen Zionismus zu opfern. Der Plan sei unpraktisch, weil er das jüdische Problem nicht löse, denn von den 14 Millionen Juden in der Welt könnte Palästina höchstens zwei Millionen aufnehmen.

Der Führer der Araber erklärte, seine Landsleute verlangen, als überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung, das Recht, die inneren Staatsangelegenheiten und die Einwanderung von Juden, sowie des Finanzwesens zu kontrollieren; auch wird gefordert, daß die Verordnung, durch welche die Organisation einer Polizeitruppe für Palästina aus früheren Angehörigen des britischen Heeres bestimmt wird, aufgehoben werde.

Gegen ein Protektorat der britischen Regierung hätte man nichts einzuwenden, meinte Husseini, und man würde sich sogar damit einverstanden erklären, daß die Beziehungen Palästinas mit dem Ausland durch die britische Regierung geregelt werde, wenn der Bevölkerung blos gestattet würde, ihre nationale Selbständigkeit zu wahren.

Husseini erwähnte schließlich, daß die wirtschaftliche Entwicklung von Palästina durch die gegenwärtige Regierung behindert werde, da diese auf Betreiben der Zionisten die Erteilung von Konzessionen an englische oder amerikanische Gesellschaften ablehnen. Die einzige Lösung des Problems, um eine gedeihliche Entwicklung zu fördern, ist, nach Ansicht der Araber, den status quo herzustellen und dann eine neue Regierung unter Berücksichtigung der Wünsche der Mehrheit der Bevölkerung einzurichten.

Levi Solomon, einer der Führer der Zionisten in Palästina, erklärte, daß die Juden aufrichtig bemüht sind, alles in ihren Kräften zu tun, um freundliche Beziehungen zu ihren, derselben Rasse wie die Juden angehörenden Brüdern, den Arabern, herzustellen und sich mit ihnen zu verständigen. Er sagte, die Anwesenheit der Juden in Palästina benachteiligte die Rechte der Araber in keiner Weise und habe für das Land bisher große Vorteile gebracht. Er erwähnte verschiedene Unternehmungen, deren Zustandekommen die Juden möglich machten oder planten. Darunter wurde das Nuttenberg-Projekt für elektrische Kraftanlagen, die Errichtung der den Auslandhandel erleichternden Regierungsspeicher in Haifa, die Verbesserung der Hafenanlagen in Jaffa und die Erbauung mehrerer Fabriken angeführt.

England für eine neue Mächtegruppierung

Frankreich opponiert. — Deutschland schweigt.

Genua, 17. April. — „England ist zu der Ansicht gelangt, daß der Krieg beendet ist, daß die Kriegsgruppierung aufgelöst werden muß und eine Neugruppierung der Nationen entsprechend ihrer Bevölkerung und Handelsbedeutung notwendig ist."

Diese von der britischen Delegation der Presse übergebene Erklärung ist bezeichnend für die Verschärfung des Konflikts der nationalen Bestrebungen im Kampfe um die Vorherrschaft zwischen der französischen Politik der Panzerfaust, dem britischen Ziel der wirtschaftlichen Herrschaft und Rußlands Ringen gegen ausländische politische und wirtschaftliche Fesseln als Preis für die Anerkennung des Sowjets.

Tief unter der Oberfläche wütet dieser bittere dreiseitige Kampf mit all der machiavellistischen Diplomatie, die eine Konferenz von vierunddreißig Nationen aufzubringen vermag.

Die Franzosen sind höchst erbittert über die von den Briten formulierte und eingangs dargelegte Politik und deren Besprechung oder gar Annahme auf der Konferenz. Ihrer Auslegung nach würde sie zur Folge haben, daß Frankreich, entsprechend seiner Bevölkerung und seiner Bedeutung als Handelsmacht, nur als zweitklassige Nation zu berücksichtigen sei.

Während die Ausschußsitzungen hinter verschlossenen Türen abgehalten werden, ist hauptsächlich zwischen England und Frankreich eine starke Rivalität um die Gunst der Presse ausgebrochen. Alle versuchen, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen.

Immer auf die Gewinnung der öffentlichen Meinung für seine Politik bedacht, hat Lloyd George wiederum glänzende Erfolge dadurch errungen, daß er durch den Kanzler des britischen Schatzamts, Sir Robert Horne und durch Sir Edward Grigg der Presse bis zu drei Interviews täglich einräumt.

Wütend über den Erfolg der Briten, versuchen nun auch die Franzosen, es den Engländern nachzumachen und sie womöglich noch zu übertreffen; denn sie haben sogar sechs Delegationsmitglieder beauftragt, mit der Presse in Verbindung zu treten, um dem ungünstigen Eindruck der französischen Politik entgegenzuwirken und besonders Amerika zu gewinnen.

Die Deutschen verhalten sich schweigsam, abgesehen von Berichten für ihr eigenes Land, da sie mürgendo Aufsehen erregen wollen. Die Russen haben sich direkt ablehnend verhalten, wohl in der Absicht, durch diese bewußte Indifferenz erst recht das Interesse der Zeitungsleute zu erregen. Sie haben sich nicht verrechnet; denn nachdem eine Gruppe von Berichterstattern je $16 Droschkentaxe bezahlt hatte, ließ Tschitscherin sie acht Stunden lang warten, weil er angeblich erst um Mitternacht oder nach später in der rechten Stimmung sei.

Die Franzosen haben ein veritables Trommelfeuer von Gründen zur Rechtfertigung ihrer Haltung auf der Konferenz eröffnet. Man spricht viel über die Ansicht, daß ihre Stellungnahme gegen Abrüstung sie in die gleiche Position drängt und die gleiche Verdächtigung verstärkt, unter der Deutschland zu leiden hatte, als es im Haag gegen Abrüstung und schiedsgerichtliche Entscheidung auftrat.

Die Kleine Entente vertritt den Standpunkt, daß eine Isolierung Frankreichs unter allen Umständen vermieden werden müsse, da eine solche Entwickelung bedeuten würde, daß Frankreich in Deutschland einmarschieren würde, was einen neuen europäischen Krieg zur Folge haben müsse.

Lloyd George's Abwesenheit von Genua heute gab Anlaß zu allen möglichen Vermutungen. In gewissen Kreisen hieß es, er habe eine geheime Besprechung mit Tschitscherin, während andere behaupteten, er sei nach Cannes gefahren, um mit Balfour zu verhandeln, oder nach Aviano gemeldet, um sich dort mit Lord Birkenhead zu beraten.

Frankreich untersucht.

Deutschland muß, wie immer, zahlen.

Paris, 18. April. — Die französische Regierung wartet vorläufig das Eintreffen des endgültigen Berichtes der alliierten Kommission für Schlesien ab, ehe sie weitere Schritte im Anschluß an die Tragödie bei Gleiwitz tut, wo bekanntlich nahezu ein Dutzend französischer Soldaten, als eine Mine explodierte, die angeblich unter einem geheimen Waffenlager gelegt worden war, den Tod fanden. Sobald der Bericht vorliegt, wird der französische Botschafter Laurent in Berlin die Weisung erhalten, Genugtuung von der deutschen Reichsregierung zu fordern.

Frankreich ist bereits der Ansicht, daß die deutsche Reichsregierung für die Tragödie verantwortlich ist, aber es wird einer eingehenden Untersuchung bedürfen, um den vollen Umfang dieser Verantwortlichkeit Deutschlands zu ermitteln.

In französischen amtlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß jetzt wieder die gelegentlich der Pariser Konferenz festgelegten Zahlungsbedingungen inkraft sind, da Deutschland die ihm angebotenen Bedingungen abgelehnt hat und somit die in Cannes vereinbarten zeitweiligen Zahlungsbedingungen hinfällig geworden sind.

Paris, 18. April. — Eine von der Entschädigungskommission angenommene Note an Deutschland besagt, daß die Beschlüsse der Kommission

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Lloyd George für Abrüstung

Frankreich gegen Abrüstung aus Furcht vor Deutschland.

Genua, 17. April. — Premierminister Lloyd George wird, wie man erwartet, bei der ersten Gelegenheit der Wirtschaftskonferenz einen Vortrag oder ein Abkommen vorschlagen, wonach keine Nation eine andere angreifen und dadurch die Möglichkeit eines Krieges für die Dauer des Vertrages ausgeschaltet werden soll, wie Reuters Vertreter in Erfahrung gebracht haben will.

Der Premier beabsichtigt, einem unbestätigten Bericht zufolge, ein Abkommen zur Beschränkung der Rüstungen zu Lande in Europa für eine bestimmte Zeit vorzuschlagen, ehe die Wirtschaftskonferenz sich vertagt. Dieser „Armeefeiertag" würde, wie man annimmt, nach dem Muster des auf der Washingtoner Konferenz beschlossenen Flottenfeiertags sein.

Die Frage der Abrüstung wird nach wie vor unter den Delegaten am meisten besprochen, ungeachtet der Tatsache, daß diese Frage von einer formellen Erörterung ausgeschlossen wurde, als Frankreich sich dem Bemühen der russischen Vertreter, die Abrüstung vor die Konferenz zu bringen, fixierend widersetzte.

Die von dem Leiter der französischen Delegation, Louis Barthou, der „Associated Preß" übergebene Mitteilung, worin erklärt wird, weshalb Frankreich in Genua nicht über Abrüstung verhandeln könne, wird wahrscheinlich die Basis der französischen Stellung zu dieser Frage bleiben, trotz aller Versuche russischer und anderer Vertreter, Abrüstungspläne zur Verhandlung zu bringen.

„Hier handelt es sich nur um eine Wirtschaftskonferenz", sagte der französische Führer gestern abend, „und wir müssen an unserem Programm festhalten, wie Amerika es in Washington getan hat, sonst kommen wir zu nichts."

Auf die Frage, ob Frankreich geneigt sei, auf einer späteren Konferenz über Abrüstung zu verhandeln, sagte Barthou: „Wenn ich etwas leichtes, angenehmes sagen wollte, würde meine Antwort Ja lauten, und zugleich ist die richtige Antwort Frankreichs: Wir wissen es nicht!"

„Es darf nicht vergessen werden, daß wir eine große Armee in Rußland vor uns haben, und obgleich Deutschland gegenwärtig sicherlich keine Gefahr ist, haben wir doch eine Gefahr in der Möglichkeit einer großen deutschen Zukunftsarmee. Sie haben vielleicht den sündenden Ton der Rede des deutschen Kanzlers vor der Genua-Konferenz bemerkt. Wir wissen nicht, was Deutschland tun mag, aber ich kann nur singen, meine letzten amtlichen Berichte aus Berlin deuten nicht an, daß Deutschland in einer wilhelminischen Stimmung bezüglich der vielen Punkte des Versailles-Vertrages ist."

Herr Barthou bekannte, daß der Völkerbund gegenwärtig ein Abrüstungsprogramm unter Beratung habe und dieses Programm zweifellos die nötige Aufmerksamkeit widmen werde.

Hon. J. M. Dr. Uhrich
Minister für öffentliche Gesundheit u. Sekretär der Provinz Saskatchewan.